



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/II/233 - 14.10.1954

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Bonn, Paris und die Saar	S. 1
Mendès-France und die französischen Sozialisten	S. 3
Antwort an den "Rheinischen Merkur"	S. 4

Vor neuer Saarverhandlungen

Von Dr. Karl Kemmer, M.d.B.

Und wir es nicht von Mendès-France wüßten, von unserem Bundeskanzler wüßten wir es trotz Regierungserklärung über die Londoner Beschlüsse nicht, dass nächste Woche in Paris neue Verhandlungen über die Saar stattfinden werden. Unter welchen objektiven politischen Bedingungen und welchen persönlichen Absichten des Herrn Bundeskanzlers werden sie vor sich gehen?

Herr van Haters selbst hat unvorsichtigerweise in einem Artikel vor dem Scheitern der EVG zum Ausdruck gebracht, dass die Pläne einer sogenannten Europäisierung der Saar in sich zerfließen, wenn die EVG nicht ratifiziert würde. Nachdem dies eingetreten war, hat man in der Strassburger Versammlung und auch im Deutschen Bundestag allgemein der Überzeugung Ausdruck gegeben, dass die Europäisierungspläne nicht mehr aktuell seien. Nur war aber Europa in diesem Plan nichts als ein Vorwand, nichts als ein Trick, um den Deutschen den in dem Plan betriebenen Verzicht auf die Saar zu verniedlichen. Vom Zusammenbruch der Konstruktion Saar-EG-Politische Gemeinschaft haben sich die Europäisierer daher auch schnell erholt. Soll nicht in den erweiterten Brüsseler Pakt eine neue europäische Institution geschaffen werden? Sie tritt an die Stelle der Politischen Gemeinschaft und das Europäisierungsvorhaben läuft wieder auf. Die übrigen Elemente des Haters-Planes wird man übernehmen wollen: Die Aufgabe der Vardernung nach außen, den endgültigen Verzicht der Bundesrepublik auf das deutsche Gebiet und die vorgesehenen wirtschaftlichen Modifikationen.

14.10.1954

Landes-Minister hat kein ausdrückliches préalable sarrois, kein neuen
Junktur, aufgestellt, und doch wird er durch eine schwierige Situation in
der Kommer gedrängt, den Widerstreben der Rechten gegen die Londoner
Akte den deutschen Verzicht auf die Saar als zusätzlichen Aktivposten zu
präsentieren. Der Bundeskanzler, den die 12 Divisionen mit Brüsseler Über-
bau genau so lieb sind, wie mit dem LWC-Dach, wird wieder dem Druck
und der Versuchung ausgesetzt sein, denen er schon einmal nicht wider-
standen hat. Zu unserem Glück ist der Druck nicht ganz so wirksam wie un-
längst: Frankreich und insbesondere sein nach dem Terminkalender arbeiten-
der Ministerpräsident können sich schwerer als bisher Verzögerungen und
Scheitern der Londoner Pläne leisten. Zu unserem Glück dürfte auch der Wi-
derstand der Bundesrepublik stärker sein als früher. Die Mobilisierung
der Europa-Idee für den Verzicht auf die Saar machte es immerhin einigen,
die unbedingt daran glauben wollten, möglich, ihr Gewissen zu beschwichti-
gen. Das ist schon das Ergebnis der Integration schwieriger geworden.

Die Debatte im Bundestag hat einige Aufschlüsse darüber gebracht.
Herr von Brentano (CDU) gab zu, dass die Europäisierung mit der Integra-
tion gefallen ist. Herr Dehler (FDP) sagte: "Die Vorstellung der Europäi-
sierung der Saar ist am 30. August als unreal festgestellt worden." und
nach dem Ausdruck der Bereitschaft zu wirtschaftlichen Konzessionen fügte
er hinzu: "Wir sind nicht gewillt, ein politisches Zugeständnis zu machen."
Herr von Torkatz (DF) erklärte kategorisch: "Eine Junkturpolitik ist Er-
pressungspolitik", von einem zu schaffenden modus vivendi sagte er: "Keine
politische Konzessionen, keine Annexionsvorstellungen und auch keine, einen
Annexions- und Abtrennungstatbestand verschleiende sogenannte europäische
Vorrregelung." Ähnlich drückte sich auch Herr Maasler (DVP) aus. Ulrich
Glenke (LDP) schliesslich stellte klipp und klar fest, dass ein Ab-
kommen keinen Verzicht auf das Saargebiet zum Inhalt haben könne und die
Bevölkerung des Saargebietes unverzüglich in den Genuss aller demokrati-
schen Freiheiten bringen müsse.

Und der Herr Bundeskanzler und Außenminister? In denkbar unverbind-
licher Form hat er gesagt, er stimme mit diesen Äusserungen "in grossen
und ganzen" überein. Wir hätten von ihm lieber erfahren, mit welchen Vor-
stellungen über den Verlauf und die Ziele der neuen Saarverhandlungen er
sich am 20. Oktober nach Paris begeben wird. Es dürfte an der Zeit sein, nicht
immer nur die Franzosen Vorschläge machen zu lassen, die dann mangels ande-
rer zur Verhandlungsgrundlage werden. Wir müssen von der Landesregierung
einen Verhandlungsvorschlag verlangen, der auf das für Deutschland Unver-
zichtbare nicht verzichtet: auf unbedingte und uneingeschränkte Freiheit
an der Saar, ebenso wie auf den Grundsatz, Grenzfragen im Friedensvertrag
zu regeln.

Frankreich vor einer Regierungsumbildung

Paris, Oktober

Pierre Mendès-France, Frankreichs Ministerpräsident und Aussenminister, der so vielen deutschen Politikern weder geheimer ist noch angenehmer, hat nun am letzten Dienstag den Auftrag der Nationalversammlung erhalten, die Verhandlungen mit den acht anderen Staaten weiterzuführen, die im unredigierten Brüsseler-Pakt zusammengeschlossen werden sollen. Kaum ein einziger Abgeordneter - ausser den engsten politischen Freunden des Regierungschefs - gab seine Zustimmung ohne innere oder ausgesprochene Bedenken.

Die Sozialistische Partei, die noch im August eine Reihe bekannter Politiker massregelte, weil sie entgegen der Parteiparole gegen die EWG stimmten, entschlossen sich dieses Mal in ihrer überwiegenden Mehrheit, die Bedenken zurückzustellen, die sie gegen die Abreden der letzten Londoner Neun-Mächte-Konferenz ausgedrückt hatten: Die selbständige deutsche Wehrmacht mit selbständigem Generalstab erschien ihr ein erheblich grösseres Übel als die integrierte EWG-Armee. Doch die Partei hat nicht das geringste Interesse daran, jene Kräfte zu unterstützen, deren sehnlichster Wunsch ein Sturz des Ministeriums Mendès-France ist, und sie ist überzeugt davon, dass zwischen der Unterzeichnung des London-Brüsseler-Vertrages und seiner Ratifizierung durch das Parlament Zeit bleibt, die ihr erwünschten Verhandlungen mit dem Osten aufzunehmen.

Es sind jedoch nicht nur aussenpolitische Überlegungen, die vielen Sozialisten den Anschluss an die Regierung notwendig erscheinen lassen. Vielmehr steht die Überlegung zur Diskussion, ob es richtig ist, ein Kabinett nur von Fall zu Fall zu unterstützen, das immerhin ein grosses Wirtschafts- und Sozialprogramm durchführen will und das damit eben jetzt dadurch begonnen hat, dass es Lohnerhöhungen und gleichzeitig Preisherabsetzungen für industrielle Brennstoffe anordnete. Alles dies sowie ihre Aussenpolitik hat die Regierung Mendès-France bisher ohne "eigentliche" Mehrheit durchgesetzt. Treten ihr die Sozialisten bei, so wird es den Gegnern der Wirtschaftsreformen erheblich schwerer fallen, ihren eigenen Herzenswunsch zu erfüllen, nämlich sich des unbequemen Ministerpräsidenten mit dem Linksdrill zu entledigen.

In zwei Hinsichten freilich scheinen sich die Wünsche der Radikalen um Mendès-France, der Sozialisten und der heftigsten Gegner beider, nämlich der katholisch-konservativen Volksrepublikaner, zu treffen: Erstens in der Forderung keine allzu weitgehenden Konzessionen zu machen,

und zweitens, wie erwähnt, dem deutschen Nationalismus Schranken zu setzen. Doch wenn die Zielsetzungen gleich sein mögen, gehen die Auffassungen über die Mittel und Grenzen weit auseinander. Denn Mendès-France - aber auch etliche seiner Gegner - lehnen es ab, eine Art diplomatischer Maginot-Linie zu errichten; sie glauben, man könne sich gegen einen deutschen Militär-Nationalismus nicht durch internationale Verträge sichern. Vielmehr müsse man mit allen Möglichkeiten rechnen, nachdem nun einmal Dr. Adenauers Innenpolitik zur Wiederbelebung eines schwarz-weiß-rot getünchten Nationalismus und zur nazistischen Durchdringung der Verwaltung geführt hat. Es wäre, meinen sie, Sache der volkrepublikanischen Régierungen gewesen, den deutschen Kanzler, der sich ihnen so verbunden fühlte (obwohl weder Schuman noch Bidault die EWG jemals vor die Kammer brachten oder eine echte Saar-Regelung erreichten!), auf die Folgen seiner Innenpolitik rechtzeitig hinzuweisen.

Wie die Dinge sich inzwischen entwickelt haben, kann nur versucht werden, einigermaßen haltbare Sicherungen einzubauen. Die Sozialisten, die seit mehr als zwei Jahren an keiner Regierung teilgenommen haben, glauben, es sei möglich, mit Mendès-France gemeinsam auch eine vernünftige, ausgleichende Aussenpolitik betreiben zu können, die zur Stärkung des Friedens beitragen kann und es deutschen Heissparolen erschweren würde, aus einer europäischen Front auszubrechen. Dies und die Sicherung des Sozialprogramms der Regierung veranlasste sie, Mendès-France mit der Weiterführung der Verhandlungen mit den acht Brüsseler Vertragsmächten zu beauftragen.

+ + +

Wiesinger ein Neutralist ?

-sp. Es war voraus zu sehen, dass die sozialdemokratische Stellungnahme zur neuesten aussenpolitischen Entwicklung nach dem Scheitern der EWG im Lager der Gegner der SPD nicht nur sachlichen Widerspruch, sondern manche bössartige Unterstellung auslösen werde. Das klang bereits in den letzten anderthalb Stunden der aussenpolitischen Bundestagsdebatte mit dem noch zurückhaltenden Ausdruck Gerstenmaiers von der "Schuldvermutung" an; die Sozialdemokratie wolle die Neutralisierung, wurde vom Kanzler selbst sehr viel gröber formuliert und findet jetzt seinen äussersten polemischen Ausdruck in einem Kommentar des "Rheinischen Merkur", dem über Kanzler-Ansichten und -Absichten besonders gut unterrichteten Blatt.

Die Meinungen des "Rheinischen Merkur" über die deutsche Wiedervereinigung sind bekannt. Es ist mehrfach klar geworden, besonders in einem viel beachteten Vortrag des massgebenden politischen Redakteurs dieser Wochenschrift in Saarbrücken, dass eine Wiedervereinigung -von ihrer Möglichkeit ganz abgesehen- dem politischen Kreis um die genannte kölnische Wochenzeitung alles andere als wünschenswert ist. Im "Rheinische Merkur" fiel u.a. auch das bezeichnende Wort von dem "Sturz in ein gesamtdeutsches Elend", wenn es zur Wiedervereinigung käme -ein Wort, das nach dem Gedankenzusammenhang, in den es gestellt war, in warnender Absicht niedergeschrieben worden war.

Schon die Möglichkeit von Verhandlungen mit der Sowjet-Union ist für den "Rheinischen Merkur" so etwas wie ein politisches Verbrechen. Das ergibt sich erneut aus einer kurzen Betrachtung in der Ausgabe vom 15. Oktober. Wer diese Verhandlungen wünscht, ist ein "Neutralist" und selbstverständlich wird dieser Ausdruck so gebraucht, dass damit, kaum verhüllt, der Vorwurf einer Sowjethörigkeit verbunden wird. Es fehlt auch nicht die in solchen Fällen übliche persönliche Verunglimpfung, wenn von dem SPD-Abgeordneten Wehner als von dem "ewigen Wanderer zwischen den beiden roten Welten" gesprochen wird.

Die Tatsache, dass die SPD vor aller Öffentlichkeit und mit größtem Nachdruck eine Politik der Neutralisierung abgelehnt hat, wird einfach ignoriert. Zum Ansatzpunkt für den Angriff wird der Vorschlag genommen, ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung der Sowjet-Union zu schaffen, bevor durch die Einbeziehung Westdeutschlands in ein starres, unlösbares Verhältnis zum militärischen Verteidigungssystem des Westens der Weg für eine Verständigung mit der vierten Besatzungsmacht für unübersehbare Zeit verbaut ist. Der CDU-Abgeordnete Kiesinger hat im Bundestag wörtlich erklärt: "Wir wollen ganz klarstellen, dass von meinen Freunden niemand jemals die Möglichkeit der Einbeziehung der Sowjet-Union in ein kollektives Sicherheitssystem geleugnet hat" -freilich mit einigen Vorbehalten im Hinblick auf Zeitpunkt und Art. Ist deshalb Kiesinger nach der Meinung des "Rheinischen Merkur" auch ein Neutralist und ein Wegbereiter der Sowjets ?

Hat der BHE die Manager-Krankheit?

Aus Bonner parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die Bildung eines neuen Blocks von Bürgern und Habenichtsen in Schleswig-Holstein zum Zwecke der Ausschaltung der SPD aus der Landesregierung bedeutet einen neuen Sieg des rechten Flügels im BHE. Der BHE brach im Laufe der Verhandlungen faktisch auseinander. Die von Dr.Chnesorge geführte Mehrheit der Fraktion trat für ein Zusammengehen mit der SPD ein, weil die Anhänger im Lande draussen einen betont sozialen Regierungskurs forderten. Fraktion und Mitgliedschaft wurden jedoch von einer bonnhörigen Minderheit um Dr.Kiekebusch und von Herwarth überspielt. Asbach fiel um, während sich Dr.Gille bis zuletzt für einen sozialen Kurs einsetzte.

Die schliesslich getroffene Lösung bedeutet nicht nur einen Ausverkauf sozialer Vertriebeneninteressen an eine Bürgerblockregierung, sondern auch eine Bruskierung der Bundestagsfraktion des BHE. Die Bundestagsfraktion hatte sich noch in letzter Stunde fast einstimmig für ein Zusammengehen mit der SPD erklärt. Sie mag dazu aus den Erfahrungen des Bonner Koalitionsbetriebes gute Gründe gehabt haben. So haben wieder einmal Manager-Einflüsse über die sozialen Interessen der BHE-Anhänger in Schleswig-Holstein gesiegt, ja, sogar über die besseren Einsichten der eigenen Bundestagsfraktion.

+

Verantwortlich: Peter Raunau